Das Mexikanische Strafgesetzbuch für den Bundesdistrikt und das Territorium Nieder-Kalifornien.

Von Ernst Eisenmann, Rgl. Preuß. Gerichtsassessor a. D., Advokat in Paris.

Das Gesetzbuch, dessen Übersetzung in der Anlage zu diesem Bande abgedruckt ist, ist eins der wenigen, die als wahrhaft selbständige gesetzgeberische Arbeiten angesehen zu werden verdienen. Nur die absolute Abgeschlossenheit, zu welcher die hochentwickelte mexikanische Kultur nicht bloß auf dem Gebiete der Rechtspflege und Gesetzgebung im engeren Sinne durch ungünstige geographische und politische Einflüsse verurteilt gewesen ist, läßt es erklärlich erscheinen, daß ein so hochbedeutsames Werk der europäischen Forschung bisher, soweit wir feststellen konnten, vollständig entgangen ist. Liebt man es schon in den gewöhnlich besser unterrichteten Kreisen des Großhandels und der Industrie, Mexiko einfach begrifflich in die Reihe der südamerikanischen Staaten spanischer Zunge mit unterzubringen und somit seine Zustände als halbwilde, koloniale, seine Kultur als unselbständige anzusehen, so ist seitens der Rechtswissenschaft ihm, außer in den Vereinigten Staaten¹⁾, keinerlei Beachtung geschenkt worden. Selbst in solchen Fällen, wo die mexikanischen Gesetze unbedingt die allerfortgeschrittenste Ausbildung einer ganzen Rechtsmaterie darstellen, wie beim Urheberrecht, begnügte sich der europäische Bearbeiter damit, dies zu konstatieren,

¹⁾ Und auch hier vor allem deshalb, weil die früher spanischen Staaten Kalifornien, Texas usw. noch heute die alte Gesetzgebung zum Teil ganz, zum Teil subsidiär bewahrt haben, so z. B. die Berggesetzgebung (Ordenanzas de Minería de Carlos III.) usw. Diesen Zweig hat auch die Brassersche Zeitschrift für Bergrecht 1885, 1892, 1893 behandelt. S. auch die folgende Anmerkung.

ohne daß seine Aufmerksamkeit auf die übrigen Rechtsinstitute überleitet worden wäre²⁾; selbst nicht durch den gewiß bemerkenswerten Umstand, daß die mexikanische Jurisprudenz dieses der neuesten Kulturentwicklung angehörige Spezialrecht bereits vor langer Zeit (1871) in das Gesamtsystem ihres Rechts organisch einfügte und ihm einen Platz im bürgerlichen Gesetzbuch anwies.

Ähnlich überraschende Erscheinungen wird das Studium des mexikanischen Strafgesetzbuches ergeben. Aufgabe dieser Zeilen ist es nur, hierzu anzuregen und durch Hinweis auf einige wesentliche oder bemerkenswerte Punkte dem Gesetze diejenige Aufmerksamkeit seitens der Fachgelehrten zu sichern, die es wegen der eminent fortschrittlichen Ausbildung nahezu aller jetzt die kriminalistische Welt bewegenden Fragen verdient. Wen muß es z. B. nicht zum Nachdenken führen, daß hier bereits seit dem Jahre 1862 als Projekt, seit 1872 als geltendes Recht, die Entschädigung unschuldig Angeklagter nicht als *grâce fondée en justice*, sondern als ein auf Zivilrecht und Staatsrecht basiertes, dem gemeinen Rechtssystem organisch entwachsenes Prinzip verordnet ist?

Gerade diese organische Entwicklung hat es verschuldet, daß die Existenz der betreffenden Bestimmung bis heute unbekannt geblieben ist. Hätte man dieselbe in einem besondern Gesetze und während der in Europa erst in den letzten Jahren stattgehabten Entwicklung dieser Lehre geregelt und gleichzeitig diesen Fortschritt genügend proklamiert, so wäre es wohl anders. Der charakteristische Zug des mexikanischen Charakters, die einheimische Kultur zu unterschätzen, ist der Verbreitung ebenso ungünstig gewesen, wie die geringe Beachtung, welche der Sprache eines ganzen Erdteils in der alten Welt überhaupt entgegengebracht wird.

Das Strafgesetzbuch vom 7. Dezember 1871 entstammt der großen Reformbewegung, welche hervorragende Vertreter des eingebornen indischen Elements der Bevölkerung gegen die überlebten „oberen“ Klassen spanischer Abkunft nach der Niederwerfung der Diktatur Santa Anas in den sechziger Jahren unternahmen. Wohl fehlt es in den *leyes de la Reforma* nicht an Maßregeln, die gewaltfam erscheinen: die Säkularisation fast allen Kirchenguts, Aufhebung der Klöster und dergleichen. Aber im ganzen ist diese

²⁾ Vgl. Lyon-Caen & Delalain, *Lois sur la propriété littéraire et artistique* I, XXXII seqq. II, 132 seqq.

Organisation eines modernen freiheitlichen Staatswesens mit weit weniger Gewaltthätigkeit, mit weit geringerer Nichtachtung des Bestehenden durchgeführt worden, als etwa die französische Revolution. Und die Errungenschaften waren dauerhafter gesichert, die Neuordnung fester gefügt und widerstandskräftiger als bei jener, dank dem organisatorischen Talent und der seltenen Zähigkeit und staatsmännischen Weisheit des Präsidenten Benito Juárez, in dessen Namen auch das Strafgesetzbuch noch erlassen ist. Selbst dem Advokatenstande angehörig, verfügte er über eine Reihe juristischer Helfer von großem Wissen und durchaus eigenartiger Gestaltungskraft; nicht der Geringste unter ihnen war der Verfasser des *Código Penal*, Antonio Martínez de Castro.

Den Zustand der Gesetzgebung, wie ihn die von ihm präsidierte Kommission bei Erhalt des Auftrages zur Schöpfung des Strafgesetzbuchs (6. Oktober 1862) vorfand und wie er bis zur Beendigung der nach Abschluß des 1. Teils durch die französische Invasion unterbrochenen Arbeiten andauerte, schildert Martínez de Castro selbst im Eingang und am Schluß der Motive, mit denen er dem Justizministerium das fertige Projekt am 15. März 1871 überreichte; in der Annahme, daß diese knappe Skizzierung gleichzeitig als Gedankenprobe³⁾ ein Interesse zu bieten vermöchte, lassen wir dieselbe in wörtlicher Wiedergabe hier folgen:

„Nur infolge eines seltenen Zufalls könnte es sich ereignen, sagt Montesquieu, daß die Gesetzgebung eines Volkes für ein andres passe: absolut unmöglich aber ist es sicherlich, daß diese Erscheinung sich vollzieht bei einer alten Zeiten entstammenden Gesetzgebung, weil schon der bloße Zeitenlauf hinreicht, um auch das beste Gesetz sogar für die Bedürfnisse desjenigen Landes, dem es gegeben worden, unangemessen erscheinen zu lassen. —

Gerade dies ist eingetreten bezüglich der altspanischen Gesetzgebung. Zu ihrem größten Teile vor mehreren Jahrhunderten und als das Werk absolutistischer Regierungen geschaffen, in Zeiten der Unwissenheit und für ein Volk mit ganz anders gearteten Anlagen als das unsrige, mit andern Sitten und andrer Erziehung als unsre heutigen — kann sie unmöglich mehr Anwendung finden im unabhängigen, demokratischen Freistaate Mexiko, wo die Gleich-

³⁾ Nicht als syntaktische: sonst wäre es ungerecht gewesen, die gewohnten endlosen Perioden spanischen Stils nicht zu zerlegen.

heit ein Glaubenssatz ist, wo es Freiheiten und Rechte gibt, die den Zeiten Monjos des Weisen unbekannt waren und die unmöglich durch gesetzliche Bestimmungen hinreichenden Schutz finden können, welche für ein Land und für Zeiten gegeben wurden, wo der Wille des Herrschers oberstes Gesetz war.

Aber wäre dem auch nicht so, so wäre eine neue Gesetzgebung ein Bedürfnis, weil die spanische seit langem gänzlich außer Anwendung gekommen ist: wir müßten sonst weiter wie bisher verfahren, ohne andres Gesetz als das bald billige bald launenhafte Ermessen der Beamten der Rechtspflege. . . .

Auch wenn der Entwurf nicht sogleich von allen seinen Mängeln befreit würde, wäre es vielleicht zum Wohle des Landes, ihn sofort in Vollzug zu setzen, weil er wenigstens klare, allgemein verständliche Vorschriften enthält und Strafen festsetzt für eine Reihe von Handlungen, die als notorisch schwere Vergehungen anzusehen sind und heute mangels eines auf sie anwendbaren Gesetzes straffrei bleiben. Faktisch besitzen wir ja heute keine Strafgesetzgebung und sind gänzlich dem Takte und der Billigkeit der Richter anheimgegeben, die ihrerseits vor die harte Wahl gestellt sind: ob sie Gesetze anwenden wollen, die barbarisch sind und durch Nichtgebrauch ihr Ansehen eingebüßt haben; oder aber ob sie willkürliche Strafen auferlegen sollen, wie es seit langem geschieht, in offenbarem Widerspruch zu Art. 14 der Bundesverfassung, in welchem ausdrücklich verordnet ist: „Niemand darf prozessiert oder verurteilt werden außer auf Grund von Gesetzen, die genau auf die ihm zur Last gelegte That sich beziehen. —“

Das neue Gesetz hat übrigens nicht viele Kritik erfahren; es sind nur durch eine Novelle (vom 26. Mai 1884) einige wenige Bestimmungen⁴⁾ neu gefaßt und unwesentlich verbessert. Im übrigen hat es sich durchaus bewährt⁵⁾.

⁴⁾ Siehe S. 13 der Beilage 1, Anmerkung.

⁵⁾ Das Gesetz gilt, wie sein Titel besagt, für gemeine Vergehen im Bundesdistrikte und im Territorium Niederkalifornien, d. h. in den der Bundesverwaltung unterstellten Landesgebieten: der Hauptstadt Mexiko mit ihren Umgebungen, und der zur Erlangung der Selbstverwaltung noch zu dünn besiedelten Halbinsel von Niederkalifornien. Nur für Vergehen gegen den Bund gilt es auch in den Einzelstaaten. Es ist aber als partikuläres Gesetz von einer ganzen Reihe der Landtage der Einzelstaaten wörtlich oder mit geringfügigen Änderungen rezipiert worden und bildet, einstweilen de facto, das gemeine Strafrecht fast der ganzen Vereinigten Staaten von Mexiko.

Im Vergleiche mit europäischen Gesetzen scheint das Gesetzbuch durch die Kasuistik, welche es durchgängig zeigt, den erstern nachzustehen. Denn vom prinzipiellen Standpunkte aus muß ein Gesetz für um so vollkommener gelten, je mehr seine Bestimmungen sich auf allgemeine Feststellung der Grundzüge der zu strafenden Rechtsverletzungen beschränken; alles detaillierende Beiwerk unterliegt immer dem Bedenken, daß es die richterliche Erkenntnis des Einzelfalles verwirrt, statt sie zu fördern, zumal eine vollständige Aufzählung auch nur der charakteristischen Typen eines Vergehens a priori als unerreichbar anzusehen ist und somit die Gefahr der Straffreiheit einer neuen Variante zum Wesen jeder Kasuistik gehört. Indes ist nicht zu leugnen, daß ein aus rein prinzipiellen Definitionen zusammengesetztes Gesetz, das in jedem seiner Sätze die Ahndung für eine ganze Stufenleiter verschiedenster Grade strafbarer Energie umfassen muß, ein ungewöhnlich gut geschultes Richterpersonal und eine große Stabilität der Gerichte voraussetzt, weil sonst die Straf-
abmessung zu Schwankungen führen kann, die das öffentliche Rechtsbewußtsein verwirren. Mit diesen Voraussetzungen ist in Mexiko, wo die Richter durch Volkswahl aus dem Anwaltsstande bestimmt werden, nicht zu rechnen gewesen, und somit erscheint das gewählte System hier als das vorzüglichere. Der dem richterlichen Ermessen und eventuell dem (nicht unbeschränkten) Gnadenrechte der Regierung bewilligte Spielraum ist bei genauerm Zusehen noch immer weit genug, und wird durch die nicht gerade glückliche Nomenklatur der Strafen, in deren verschiedenen „Klassen“ sich eben Strafmaße von variabler Schwere verbergen, nur verdeckt. Anderseits ist auch nicht zu verkennen, daß die Auswahl und Abstufung z. B. der erschwerenden Umstände, sowohl der generellen als auch der bei den einzelnen Vergehen besonders aufgeführten, von hervorragender psychologisch-
er Schärfe des Gesetzgebers Zeugnis ablegt und, vielleicht mit Ausnahme der beim Zweikampf und Ehebruch und den konneren Delikten bestimmten, kaum irgendwo befremden wird. Ebenso ist in den Definitionen der Vergehen, in den Strafmaßen und Strafarten, in der Ordnung der in einem besondern Buche behandelten zivilrechtlichen Folgen der Vergehen nichts, was für europäische Verhältnisse unerhört erschiene; die scheinbare Ausnahme der Amtsvergehen und der kriminalrechtlichen Stellung der Beamten überhaupt wurzelt in der republikanischen Institution der aus Volkswahlen hervorgehenden Beamtung, die einerseits eine größere Vor-

sorge für Übergriffe aller Art angezeigt erscheinen läßt, andererseits aber auch eine strafrechtliche Regelung aller derjenigen Fälle, die in Europa zur disziplinarrechtlichen Ahndung kämen, notwendig macht, da der gewählte Beamte keinerlei disziplinarer Absetzung — und also auch nicht den mindern Disziplinarstrafen, die nur in dieser ultima ratio ihre Stärke finden — unterworfen werden kann, ohne das Prinzip der Volkssouveränität zu durchlöchern.

Wenn oben für das Gesetzbuch der Rang eines der fortgeschrittensten in Anspruch genommen wurde, so geschah es auf Grund der leicht nachzuprüfenden Feststellung, daß keins der Desiderate der neuern Kriminalisten, z. B. keine der 8 ersten unter den 9 Grundforderungen der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, in demselben unberücksichtigt geblieben ist. Am meisten ist dies bezüglich des Gefängniswesens der Fall: sicherlich würde die Lösung, welche die Aufgabe, die Strafe nach Möglichkeit zur sozialen Erziehung zu benutzen und die Überwachung den Händen spezieller Behörden zu entziehen, in Mexiko gefunden hat, weitgehende Ansprüche befriedigen: nämlich detaillierte Anweisung der Verbüßungsmodalitäten durch den Richter im Urteil selbst, Anordnung der Ausführung durch eine, Überwachung der Ausführung durch eine zweite Kommission von Bürgern, die nicht Beamte sein dürfen und als Munizipalbehörde funktionieren. Den Gegnern wie den Anhängern der Todesstrafe wird das beibehaltene Mindestmaß ihrer Anwendung genug thun. Ein leider in Europa noch immer fast gänzlich vernachlässigtes und von der Wissenschaft kaum anerkanntes Desiderat, der Schutz des mit Rechtsverletzungen bedrohten, oder von denselben betroffenen Individuums durch den Strafrichter, welches uns als der prägnanteste Ausdruck der Desiderate der gefährdeten Gesellschaft und als der zuerst Abhilfe heischende Punkt europäischer Gesetze erscheinen will, ist z. B. in den Bestimmungen über Sicherheitsleistung, Vermahnung, Bannung, Nebenklage voll berücksichtigt. Nachahmenswert für europäische Staatskassen scheint uns die Rangordnung der beizutreibenden Gelder, welche im Hinblick auf den Fall der Insuffizienz zur Deckung aller dieser Verpflichtungen, zumal die Strafe und Kosten des Verfahrens nach der Buße und der Schadenersatzleistung für den Verletzten reiht; und ebenso die Verteilung der Arbeitserlöse, bei denen der Verletzte, aber auch der Sträfling zu seinem Rechte gegenüber dem Fiskus kommt. Die bedingte Freilassung der Gefangenen im Falle ihrer

Besserung ist in einer Ausdehnung zugelassen, welche im Jahre 1871 in Europa unbekannt war; die schon oben erwähnte Haftung eines besondern Staatsfonds für die Entschädigung unschuldig Angeklagter, deren Voraussetzungen klar und unzweideutig bestimmt sind, ist es noch heute.

Wir behalten uns vor, auf diese Bestimmungen in ausführlicherer Besprechung zurückzukommen. Um hier neben den vielen Lichtseiten auch die Schatten nicht zu übergehen, erwähnen wir die allen Gesetzen spanischer Zunge eigentümliche schwülstige Sprache und oft unbegreifliche Länge der Satzperioden, vielfache in dem Gesetze beliebte unnötige Wiederholungen und Verweisungen, deren Bezeichnung citierter Parallelstellen mehr als schwerfällig zu sein pflegt. Wesentlicher als diese Schönheitsfehler⁶⁾ ist die nicht immer glückliche Zusammenziehung verschiedenartiger Kategorien von Umständen und anderwärts die Trennung von Bestimmungen, deren Unterscheidungsmerkmal ein geringes ist und ihre nahe Gegenüberstellung dringend erwünscht macht. Auch die schon oben gerügte Nomenklatur gewisser Strafmaße dient eher zur Erschwerung als zur Förderung der Übersichtlichkeit, und unterwirft den erkennenden Richter behufs Strafausmessung einer Nachschlageprozedur mit darauf folgendem Rechenexempel kompliziertester Art, wenn auch ohne in die widerwärtige Tabulatur des spanischen Strafgesetzbuchs zu verfallen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir hierin nur die Folgen der hastigen Arbeit des Gesetzgebers erblicken, der dies Riesenwerk — mit all seiner Mosaikarbeit, aber auch mit seinem eigenartigen Grundriß, dem fest und harmonisch gefügten Gewölbe, das allen seinen Zwecken Raum bietet und die berechtigten Interessen des Staats, der Gesellschaft, des Verletzten und des Verbrechers und selbst dessen Angehöriger beherbergt, — in den Zeiten der Not seines Vaterlandes, in für ein wahres Notstandsgesetz seltener Reife hergestellt hat.

⁶⁾ Über die nicht immer unbedenklichen Folgen solcher anscheinend geringer Mängel vergl. die in Bonn bei Ad. Markus 1885 erschienenen Bemerkungen zum Mexikanischen Berggesetz von 1884.